

TRIUMPH DER FRAUEN?

*Das weibliche Antlitz
des Rechtspopulismus
und -extremismus in
ausgewählten Ländern*

01

*Antifeminismus in Deutschland
in Zeiten der Corona-Pandemie*
Rebekka Blum & Judith Rahner

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
Forum Politik
und Gesellschaft

TRIUMPH DER FRAUEN? DIE STUDIENREIHE

Weltweit setzt sich das Erstarken rechtspopulistischer Parteien der vergangenen Jahre fort – in den meisten Ländern ist diese Entwicklung männlich dominiert und Rechtspopulisten werden vor allem von Männern gewählt. Doch auch eine neue Generation von Frauen ist in rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen aktiv – sie bilden sozusagen das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus. Und in der Gunst der Wählerinnen holen diese Parteien stark auf – ein neues Phänomen, dachte man doch lange, dass Frauen eher immun gegenüber rechten politischen Angeboten sind. Doch welche geschlechter- und familienpolitischen Positionen und gesellschaftlichen Tendenzen stehen dahinter? Kann es sein, dass sich hier politisch ein Triumph der Frauen zeigt?

Das fragten wir, zugegeben provokativ, bereits mit unserem ersten Band der 2018 von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Publikation *Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe*. Wir setzen diesen ersten Band nun mit einer Reihe von Teilstudien in loser Folge fort. Das liegt nicht nur an dem großen Interesse, das der Studienband bis heute in der Öffentlichkeit und Fachwelt hervorgerufen hat. Als Stiftung der Sozialen Demokratie ist es uns seit unserer Gründung ein wichtiges Anliegen, antidemokratische Tendenzen und Entwicklungen im Blick zu behalten und darüber aufzuklären, um mit diesem Wissen eine offene und demokratische Gesellschaft zu stärken.

Die Studienreihe *Triumph der Frauen?* nimmt dabei einen besonderen Blickwinkel ein: Die Länderstudien untersuchen rechtspopulistische (und vereinzelt rechtsextremistische) Parteien und ihre Programmatik in der Familien- und Geschlechterpolitik. Hierbei steht die Frage im Vordergrund, welche Politikangebote bei Wählerinnen verfangen und Parteien im rechten Spektrum wählbar machen. Wie brechen sich antifeministische Positionen Bahn? Zudem werden einzelne geschlechterpolitische Themen untersucht, erreichte Stimmenanteile analysiert sowie die Rolle weiblicher Führungsfiguren und Gegenbewegungen beleuchtet.

Während der erste Studienband Länder aus Europa in den Blick nahm, weitet die neue Studienreihe den Blick und analysiert einzelne Länder und Themen weltweit. Wo schaffen es rechtspopulistische Parteien, neben der Diskurshegemonie über Flucht- und Migrationsthemen auch Debatten in der Familien- und Geschlechterpolitik diskursiv zu verschieben oder gar zu prägen? Und treffen die sozialpolitischen Angebote auf Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit breiter Wähler_innenschichten?

Wie auch immer die Antworten auf diese Fragen ausfallen, uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass sich progressive Akteur_innen über diese Herausforderungen verständigen und gemeinsam den Kampf gegen das Auseinanderdriften und Spaltungen in unseren Gesellschaften angehen.

Dr. Stefanie Elies und *Kim Krach*
Forum Politik und Gesellschaft
Friedrich-Ebert-Stiftung

ANTIFEMINISMUS IN DEUTSCHLAND IN ZEITEN DER CORONA-PANDEMIE

VON REBEKKA BLUM UND JUDITH RAHNER

// Geschlecht, Geschlechterverhältnisse und Antifeminismus spielen in der Corona-Pandemie auf verschiedenen Ebenen eine große Rolle. Zum einen wird durch die Pandemie die strukturelle Ungleichheit der Geschlechter in Deutschland besonders deutlich, denn systemrelevante¹ Berufe, wie Krankenpflegerin oder SupermarktkassiererIn, sind vor allem schlecht bezahlte und traditionell »typische Frauenberufe«. Hinzu kam, dass durch bundesweite Schul- und Kitaschließungen² zu den unbezahlten familiären Sorgearbeiten, die ebenfalls überwiegend von Frauen geleistet werden, nun zusätzliche Kinderbetreuung und vor allem Homeschooling geleistet und organisiert werden mussten. Erste Studien unterfüttern die Befürchtung, dass es dadurch zu einer Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse im Privaten kam.³ Zum anderen ist zu beobachten, dass gesellschaftlich weit verbreitete menschenfeindliche Ideologien und Feindbilder über gesellschaftliche Krisendeutungen (Finanzkrise⁴, »Flüchtlingskrise«⁵, Corona-Krise) mobilisierbar und anschlussfähig an radikalisierte und extrem rechte Milieus sind. Besorgniserregend sind in diesem Zusammenhang die lautstarken Forderungen antifeministischer Akteur_innen nach einer Rückkehr zu klassischen Geschlechterverhältnissen und traditioneller Rollenverteilung bei der Haus- und Familienarbeit. Anlass zu ernster Sorge geben insbesondere die massive Verbreitung von antisemitischen Verschwörungserzählungen und deren Amalgamierung mit antifeministischen Ideen. Im folgenden Text zeichnen wir geschlechterpolitische Debatten und antifeministische Mobilisierungen nach, die in den Diskussionen über die Corona-Pandemie und Proteste gegen staatliche Verordnungen und Maßnahmen zur Eindämmung des neuartigen Corona-Virus SARS-CoV-2 und COVID-19 in Deutschland auftreten. //

¹ Der Begriff »systemrelevant« wurde in Deutschland im Zuge der Corona-Pandemie zum geflügelten Wort. Er beschreibt kritische Infrastruktur, wie Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe, die auch im Zuge eines Lockdowns erreichbar und ausgeübt werden muss. Im Gegensatz dazu wurden im Zuge eines teilweisen Lockdowns von Mitte März bis Ende April Geschäfte, Kinos und Restaurants geschlossen und zahlreiche Beschäftigte erledigten ihre Tätigkeiten im Homeoffice. Seit Mitte April herrscht im öffentlichen Nahverkehr, beim Reisen mit Flugzeug und Zug sowie in allen Geschäften und öffentlichen Einrichtungen eine Maskenpflicht.

² Am 13.3.2020 beziehungsweise in Baden-Württemberg am 16.3.2020 wurden deutschlandweit alle Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten geschlossen. Ab Anfang Mai wurden die Einrichtungen schrittweise wieder geöffnet. Bis zu den Sommerferien fand an den Schulen eine Mischung aus Präsenz- und Fernunterricht statt. Nach den Sommerferien wurde zum Regelbetrieb unter Corona-Hygiene- und Sicherheitsvorschriften zurückgekehrt.

³ Eine erste statistische Erhebung findet sich hier: https://www.boeckler.de/data/Boeckler-Impuls_2020_08_S4-5.pdf (aufgerufen am 22.8.2020).

⁴ Gemeint ist die globale Finanzkrise ab 2008, die zunächst als Immobilienkrise in den USA begann und weltweit Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation hatte. Die Krise führte zu steigender Arbeitslosigkeit, sozialer Unsicherheit und traf insbesondere arme Menschen und Länder des Globalen Südens besonders schwer.

⁵ Wir schreiben den Begriff in Anführungszeichen, da mit dem Krisenbegriff in diesem Zusammenhang verschiedene Aspekte gemeint sein können. Von (extrem) rechten Akteur_innen wird regelmäßig von einer »Flüchtlingswelle« gesprochen und damit ein Angstbild der Überfremdung gekennzeichnet. Wir verwenden den Begriff, um die in Bezug auf die Flüchtlingssituation gesellschaftspolitisch zugespitzte Situation aufzuzeigen. Denn im Zuge der Flucht vieler Menschen vor Verfolgung, Krieg und Armut kam es in Deutschland insbesondere seit 2015 zu einer gesellschaftlichen Polarisierung. Einige, insbesondere rechte Politiker_innen und Aktivist_innen hetzten gegen Geflüchtete und brachten ihnen Ressentiments bis hin zu Gewalt entgegen. Seitdem haben extrem rechte Mobilisierungen und Angriffe auf Geflüchtete, People of Color und Personen, die sich gegen Rassismus einsetzen, enorm zugenommen. In unseren Augen führte die gesellschaftliche Polarisierung zu einer politischen Krise und auch in Bezug auf die prekäre Situation der Geflüchteten lässt sich von Krise sprechen.

Antifeminismus als Gegenreaktion zu feministischen Entwicklungen

In den vergangenen Jahrzehnten wurde in Deutschland eine beispiellose Liberalisierung der Geschlechter- und Familienpolitiken und eine Modernisierung von Geschlechterverhältnissen erreicht, die noch vor wenigen Jahrzehnten undenkbar war. Auch in letzter Zeit sind wichtige frauen- und geschlechterpolitische Forderungen durchgesetzt worden, wie beispielsweise die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare (»Ehe für alle«) 2017, das Gesetz zur Einführung eines dritten Geschlechtseintrags⁶ oder die Verschärfung des Sexualstrafrechts⁷. Die Gesellschaft verändert sich, Geschlechterbilder lockern und vervielfältigen sich, Kritik an rassistischem, sexistischem und anderem diskriminierendem Verhalten bekommt mehr Resonanz. Die gesellschaftlichen Modernisierungs- und Liberalisierungsprozesse führen allerdings in einigen Gesellschaftsteilen zu starken Abwehrreaktionen, die oftmals mit antifeministischen Mobilisierungen verbunden sind. Antifeminismus tritt seit jeher in Zeiten von Veränderungen und Krisen auf, insbesondere wenn gesellschaftliche Routinen und Sicherheiten infrage gestellt werden. Im Zuge dieser Veränderungen halten einige Akteur_innen verstärkt an vermeintlich gesellschaftlichen »Wahrheiten« wie Zweigeschlechtlichkeit fest beziehungsweise wehren sich gegen vielfältige Lebensweisen (Blum 2019: 112). Antifeministische Mobilisierungen finden sich in unterschiedlichen Zusammenhängen. Rechtspopulistische und extrem rechte Kräfte greifen diese auf, um die eigene autoritäre, antidemokratische Agenda in einem »Kulturkampf von rechts« durchzusetzen. Wichtige Elemente sind dabei reaktionäre Geschlechterpolitiken und antifeministische Ideologien.

Unter Antifeminismus verstehen wir die Zurückweisung feministischer und gleichstellungspolitischer

⁶ Seit Januar 2019 kann im Personalausweis neben dem Geschlechtseintrag »männlich« und »weiblich« auch »divers« eingetragen werden.

⁷ Im Juli 2016 wurde in Deutschland das Sexualstrafrecht verschärft. Als Vergewaltigung gilt nun nicht mehr nur, wenn Geschlechtsverkehr mit Gewalt oder Gewaltandrohung erzwungen wird, sondern auch, wenn der Täter sich über den »erkennbaren Willen« der betroffenen Person hinwegsetzt.

Maßnahmen, auf Basis von Zweigeschlechtlichkeit, Heterosexualität und einer traditionellen bzw. reaktionären Geschlechterordnung. Antifeminismus bezeichnet soziale Bewegungen oder gesellschaftliche, politische, religiöse und akademische Strömungen, die sich zumeist organisiert gegen Feminismus, Frauen- und Gleichstellungspolitiken und ihre Akteure wenden. Antifeminismus richtet sich gegen Forderungen nach Emanzipation bzgl. sexueller, geschlechtlicher und familiärer Vielfalt. Angriffe können sich direkt gegen Feminist_innen, LSBTQIA*-Personen, Politiker_innen, Netzaktivist_innen oder Gleichstellungsbeauftragte richten (vgl. Rahner 2018:7).

Der Antifeminismus der extremen Rechten im deutschsprachigen Raum zeigt sich einerseits in Angriffen auf und Rhetorik gegen feministische Errungenschaften, gegen Gleichstellungspolitiken und gegen Bildungsansätze zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt.⁸ Auf der anderen Seite inszenieren sich rechtspopulistische und extrem rechte Kräfte als Vertreter_innen von Frauenrechten: dies aber instrumentell und stets nur dann, wenn anhand sexualisierter Gewalt gegen Frauen Rassismus oder Flüchtlingsfeindlichkeit verbreitet werden können. Regelmäßig werden entsprechende Fälle zur Forderung nach restriktiveren Migrationsgesetzen missbraucht. Auffällig ist, dass einige Akteur_innen des Antifeminismus in ihrer Ideologie auch im antisemitischen Weltbild verhaftet sind und sich Antifeminismus regelmäßig in antisemitischen Codes wie Verschwörungserzählungen äußert (vgl. Blum 2019: 115). Sowohl im Antisemitismus als auch im Antifeminismus gelten eine vielfältige Gesellschaft, Liberalismus und weitere Aspekte der Moderne als Bedrohung, als Zeichen einer verhassten Dekadenz. Schließlich werden Feminist_innen für den halluzinierten »Bevölkerungsaustausch« – eine rassistische und antisemitische Verschwörungserzählung – verantwortlich gemacht. Dies wurde nicht zuletzt durch den rechtsterroristischen und antisemitischen Terroranschlag am 9.10.2019 in

⁸ Seitens Antifeminist_innen wird beispielsweise regelmäßig gegen Bildungspläne mobilisiert, die das Ziel haben, die Akzeptanz von sexueller Vielfalt zu fördern. Besonders groß waren in diesem Zusammenhang Proteste gegen den Bildungsplan 2015/16 in Baden-Württemberg, in dem die Akzeptanz sexueller Vielfalt als Querschnittsthema verankert werden sollte. In einer Petition positionierten sich 200.000, bei Demonstrationen etwa 2.000 Personen gegen den Bildungsplan.

Halle deutlich.⁹ Den halluzinierten »Bevölkerungsaustausch« gilt es in den Augen extrem rechter Antifeminist_innen notfalls auch mit Gewalt zu verhindern (vgl. Rahner 2020).

Mobilisierung gegen Genderstudien und geschlechtergerechte Sprache in der Corona-Krise

Zu Beginn der Corona-Pandemie konnte beobachtet werden, dass in autoritären, vielfaltsfeindlichen und rechtsradikalen Kreisen vermehrt antifeministische Mobilisierungen gegen demokratische und gleichstellungsorientierte Positionen aufkamen: Frauenrechte und Instrumente der Gleichstellung wurden in einschlägigen Publikationen und sozialen Medien zum »Luxusproblem« degradiert. So fordert der Bundestagsabgeordnete Fabian Jacobi der rechtsradikalen Partei Alternative für Deutschland (AfD) in klassisch antifeministischer Weise am 25.3.2020 im Bundestag: »Durch die heutigen Maßnahmen (...) werden die Staatsfinanzen für die absehbare Zukunft derart belastet, dass nicht unabdingbare Ausgaben schlicht unmöglich sein werden, seien es die vielen Millionen für dekadente Genderprofessuren, seien es die vielen Milliarden für die Asylindustrie.« Und droht: »Das alles ist nach dieser Krise vorbei« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 154. Sitzung, S. 19155). Auch der rechtsextreme Politiker Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen und Gründer des offiziell mittlerweile aufgelösten und vom Verfassungsschutz beobachteten »Flügels« der AfD, äußert sich in klassischer Anti-Gender-Rhetorik: »Die Corona-Pandemie zeigt uns, was für unsere Gesellschaft wesentlich ist. (...) Eine Erkenntnis ist dabei vielleicht für die jüngere Generation neu: Zu den infrastrukturell bedeutsamen Berufen gehören offensichtlich nicht unbedingt die »Gender-

beauftragten.«¹⁰ Auch Beatrix von Storch, eine der bekanntesten und profiliertesten antifeministischen Politiker_innen der rechtsradikalen AfD, nutzt die Diskussionen um Corona, um ihre gleichstellungsfeindlichen Thesen via Twitter zu platzieren: »Große Krisen schaffen auch Klarheit: Wir brauchen Krankenschwestern und keine Diversity-Berater, Naturwissenschaftler und keine Gendergaga-Experten.«¹¹

Diese antifeministischen Positionen mit Anti-Gender-Bezug sind nicht neu, werden aber über das Thema Corona wieder in die öffentliche Diskussion eingebracht. Auch außerhalb der Politik finden sich zahlreiche antifeministische Artikulationen, die über die Corona-Krise verargumentiert werden. So behauptete der Verein Deutsche Sprache e. V.: »In Deutschland werden Milliardenbeträge für den Genderunfug ausgegeben. Diese Gelder fehlen Krankenhäusern oder den naturwissenschaftlichen Uni-Fakultäten – zum Beispiel in der Virusforschung.«¹² Der Verein versucht damit, das Gesundheitssystem gegen Frauenforschung, Gleichstellungsarbeit oder Genderstudien auszuspielen, und nutzt die Situation, um die von ihm gestartete Petition gegen geschlechtergerechte Sprache – ein zentrales antifeministisches Mobilisierungsthema – mit dem Titel *Aufruf gegen Gender-Unfug*¹³ zu bewerben. Diese wurde von mittlerweile mehr als 77 000 Menschen gezeichnet und auch aus der Wissenschaft, Politik und dem Kulturbereich unterstützt. Dies zeigt, dass Antifeminismus weit verbreitet und kein Nischenthema ist.

Auch die rechtskonservative Werteunion¹⁴ weiß antifeministische Ideen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu verbreiten: »Diese schlimme Zeit macht jetzt hoffentlich auch dem Letzten klar,

¹⁰ <https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/a.1424703574437591/2591710094403594/?theater> (zuletzt aufgerufen am 6.9.2020).

¹¹ https://twitter.com/Beatrix_vStorch/status/1242164879106154499 (zuletzt aufgerufen am 6.9.2020).

¹² <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/verein-macht-gender-studien-fuer-fehlende-finanzmittel-bei-virusforschung-verantwortlich-li.79789> (zuletzt aufgerufen am 30.7.2020).

¹³ <https://vds-ev.de/gegenwartsdeutsch/gendersprache/gendersprache-unterschriften/schluss-mit-dem-gender-unfug/> (zuletzt aufgerufen am 30.7.2020).

¹⁴ Die Werteunion wurde im März 2017 von Mitgliedern der CDU und CSU gegründet. Sie vertreten streng konservative Positionen und fordern einen Richtungswechsel der Unionsparteien. Die Werteunion ist innerhalb der CDU umstritten. Inhaltlich steht die Werteunion einigen Forderungen der AfD nahe. In ihrem Vorstand sitzen auch Funktionäre mit AfD-Vergangenheit (vgl. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-02/alexander-mitsch-cdu-werteunion-afd-spenden-rechtspopulismus> (zuletzt aufgerufen am 6.9.2020)).

dass Professoren für Medizin, Chemie oder Biologie unendlich viel wichtiger sind als solche für »Gender-Studies«.¹⁵ Dass ein fast wortgleicher Tweet von dem oben bereits erwähnten Verein Deutsche Sprache e. V. abgesetzt wurde, zeigt, wie eng vernetzt antifeministische Akteur_innen in Deutschland sind. Die Anführungszeichen bei Genderstudien sind in beiden Ausführungen als eine beliebte Distanzierungs- und Delegitimierungsstrategie antifeministischer Akteur_innen zu interpretieren, die damit der Frauen- und Geschlechterforschung ihren Nutzen und ihre Wissenschaftlichkeit absprechen.

Retraditionalisierung, Familienpolitik und Antifeminismus

In einigen reaktionären, »familistischen«¹⁶ und extrem rechten Kreisen wurde die Corona-Pandemie als Chance für eine angestrebte Retraditionalisierung von Familie und Geschlechterverhältnissen gesehen und politisch aufgegriffen. So sagte der Ehrenvorsitzende der AfD, Alexander Gauland: »Das Virus hat auch der EU eine Lektion erteilt. Es hat der Union im Wortsinne ihre Grenzen aufgezeigt. In der Krise ziehen sich die Menschen in die soliden und vertrauten Strukturen zurück. Das ist im Kleinen die Familie, im Großen der Nationalstaat« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll der 156. Sitzung, S. 19301). Damit verbindet Gauland die wichtigsten und in der Wählerschaft mobilisierungsfähigsten Narrative mit der Corona-Krise: das Schließen der Grenzen gegen Migration, die Sicherung und Stärkung der Nation gegenüber der verhassten Europäischen Union sowie die Familie als schützenswerte »Keimzelle« des deutschen Volkes. Christina Baum, sozialpolitische Sprecherin und Vorsitzende der AfD Baden-Württemberg, sieht zudem in dem coronabedingten Rückzug ins häusliche Umfeld eine Chance zur »Rückbesinnung auf seit Jahrhunderten Bewährtes«¹⁷, womit sie insbesondere die heterosexuelle Kleinfamilie

¹⁵ <https://twitter.com/WerteUnion/status/1243624037475135488> (zuletzt aufgerufen am 6.9.2020).

¹⁶ Gisela Notz beschreibt Familismus als Ideologie, die die bürgerliche Kleinfamilie als Leitform betrachtet. Die Familie (Vater – Mutter – Kinder) ist in familistischen Gesellschaften der Dreh- und Angelpunkt aller sozialer Organisationen. Im Privaten herrscht traditionelle Rollenverteilung (vgl. Notz 2015: 16).

¹⁷ <https://www.afd-fraktion-bw.de/aktuelles/3095/Dr.+Christina+Baum+MdL%3A+Chance+zur+R+%C3%BCckbesinnung+auf+seit+Jahrtausenden+Bew%3%A4hrtes+--die+Familie> (zuletzt aufgerufen am 30.7.2020).

meint. Sie blendet gesellschaftliche Gefahren, wie die Zunahme häuslicher Gewalt und die Verschärfung sozialer Ungleichheit und den ungleichen Zugang für Kinder zu Bildungsangeboten beim Homeschooling, deutlich aus.

Auf dem Blog DEMO FÜR ALLE, dem Dreh- und Angelpunkt der antifeministischen Mobilisierungen gegen Bildungspläne, äußert sich die antifeministische Publizistin Birgit Kelle in ähnlicher Weise. Sie erkennt in ihrem Beitrag *Die ersetzbare Mutter – ein Mythos hat Pause*¹⁸ die aktuelle Corona-Situation als Möglichkeit, in tradierte Familienbilder zurückzukehren: »Millionen von Familien stellen gerade fest, dass dann, wenn der Staat als Nanny ausfällt, die Familie und ja, die Mutter, wieder in den Mittelpunkt des Haushaltes rückt.« An Kelles Beitrag zeigt sich auch die Verknüpfung von Familismus und Antifeminismus mit LSBTQIA*-Feindlichkeit. Denn in ihren Augen sollte es eine 50:50 Geschlechterquote für Eltern geben, womit sie deutlich macht, dass sie ausschließlich heterosexuelle Paare als Eltern anerkennt. Darüber hinaus sieht sie einen Beleg dafür, dass nichtbinäre Geschlechtsidentitäten keine tiefgreifenden Phänomene seien, darin, dass in der Corona-Sterbestatistik ausschließlich Frauen und Männer und keine nichtbinären Personen aufgeführt werden. Dies ist jedoch für Kelle kein Beleg dafür, dass vielfältige Geschlechtsidentitäten keine Realität oder unwichtig seien. Vielmehr machten Krisenzeiten wie die Corona-Krise deutlich, dass gesellschaftliche Strukturen noch immer an einer zweigeschlechtlichen Norm ausgerichtet seien. Es klingt geradezu hämisch, wenn Kelle formuliert: »Die Frage, ob man mich auf der Intensivstation als selbsternannte »genderqueere Person« auch mit dem richtigen Personalpronomen anspricht, verliert an Relevanz, wenn ich mit dem Leben ringe.«

Kinder als Mobilisierungsthema antifeministischer Milieus

Neben familienpolitischen Thematisierungen nutzen antifeministische Akteur_innen in der Corona-Krise auch das Thema Kinder und Kindeswohlgefährdung für antifeministische Mobilisierungen: Laut dem einflussreichen rechtsradikalen Internetblog Journalisten-

¹⁸ <https://demofueralle.blog/2020/04/29/die-ersetzbare-mutter-ein-mythos-hat-pause/> (zuletzt aufgerufen am 30.7.2020).

watch (Eigenname: JouWatch)¹⁹ würde die Corona-Pandemie dazu genutzt, die Gesellschaft weiter »umzuerziehen«. Anfang Mai 2020 wurde beispielsweise ein Artikel veröffentlicht, in welchem behauptet wird, dass »im Windschatten von Corona die Gesellschaftsumformender Gendermainstreaming- und Klimahysteriker-Front nach wie vor hochaktiv« seien. Als Beleg werden veröffentlichte Kinderbücher angeführt und formuliert: »Ein Angebot, das einem einfach nur noch die Sprache verschlägt.« In den Worten des Artikels würde in einem Kinderbuch Kindern ab vier Jahren die »Toleranz mit der Brechstange« nahegebracht. Ein weiteres Kinderbuch, in welchem Homosexualität thematisiert wird, zeige, dass »bestimmte Autoren auch schon vor 20 Jahren keinerlei Hemmungen hatten, kleine Kinderseelen mit ihrem Gendermainstreaming-Mist zuzukippen«.²⁰ Die Geschlechterforscherin Imke Schmincke fasst dieses von Antifeminist_innen regelmäßig genutzte Argumentationsmuster wie folgt zusammen: »Das Argument ›Kindeswohl/Sorge um Kinder‹ wirkt immer. Es sichert Aufmerksamkeit, verleiht Glaubwürdigkeit und vor allem moralisches Gewicht. Kinder repräsentieren in dieser Bezugnahme Unschuld und Bedürftigkeit« (Schmincke 2015: 93).

Auch der AfD-Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Geschäftsführer Enrico Komning, der 2016 als Ziel die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie und des Parteiensystems erklärt haben soll, instrumentalisiert das vermeintliche Kindeswohl für antifeministische Mobilisierungen. Auf der bisher größten Anti-Corona-Demonstration der Initiative Querdenken am 29.8.2020 in Berlin lief er mit einem Plakat seiner Partei herum, auf dem der Slogan »Finger weg von unseren Kindern« zu lesen war. Dieser beliebte AfD-Spruch wird sowohl im Kontext von Diffamierungen der Partei gegenüber vielfaltsfreundlichen Bildungsinhalten in Schulen und Kindertages-

einrichtungen genutzt²¹ als auch neuerdings, um gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu hetzen. So setzte beispielsweise der AfD-Kreisverband Stuttgart den Mythos in Umlauf *Corona-Irrsinn: KINDESENTZUG droht*²² und unterstellt, dass der Staat in den Worten der AfD die Kinder – wie zu Zeiten der DDR – ihren Eltern entfremden und entziehen würde. Ursprünglich wurde der Spruch »Finger weg von unseren Kindern« wortgleich auch bei der extrem rechten Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)²³ genutzt. Diese suchte schon früher mit ihrer Kampagne für »Härtere Strafen gegen Kinderschänder« Kontakt zur bürgerlichen Mitte.

Auch der Verein Rettet die Kinder aus Fürstenwalde war in ähnlichem Stil auf der Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen vertreten. Der Verein schreibt sich das Kindeswohl auf die Fahnen, bedient rechts-populistische Narrative gegen »die da oben«, agitiert gegen öffentlich-rechtliche Medien und wähnt sich in Deutschland in einem »Regime«. Auf der Demonstration war der Verein mit einem eigenen großen Truck unterwegs, auf dem sämtliche Falschbehauptungen im Rahmen der Corona-Pandemie mit Verschwörungserzählungen und typischen antifeministischen Narrativen (»Frühsexualisierung«, »Indoktrination« aka Umerziehung²⁴) miteinander vermischt wurden. So war dort zu lesen: gegen »Zwangs-Medien-Indoktrination, Zwangs-Impfung, Zwangs-Verchippung, Zwangs-Frühsexualisierung und Zwangs-Maskierung«. Auch hier zeigt sich die Verschränkung von Antifeminismus und LSBTQIA*-Feindlichkeit, denn der Verein verbreitet regelmäßig homosexuellenfeindliche und antifeministische Erzählungen.

²¹ So zum Beispiel zur Bewerbung einer Veranstaltung der AfD-Bundestagsabgeordneten Nicole Höchst, die in ihren Reden im Bundestag immer wieder antifeministisch agitiert: <https://www.afd-vulkaneifel.de/2017/08/10/buergerstammisch-und-vortrag-mit-nicole-hoehst-31-08-2017/> (zuletzt aufgerufen am 6.9.2020).

²² <https://twitter.com/AfDStuttgart/status/1292670407074623489/photo/1> (zuletzt aufgerufen am 6.9.2020).

²³ Die NPD ist eine extrem rechte Kleinstpartei. Das Bundesverfassungsgericht urteilte 2017, dass die Partei eindeutig verfassungsfeindlich und mit dem historischen Nationalsozialismus wesensverwandt sei. Verboten wurde die Partei jedoch nicht, da sie in den Augen des Bundesverfassungsgerichts aufgrund ihrer aktuellen Bedeutungslosigkeit im politischen Geschehen keine konkrete Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung darstelle.

²⁴ Antifeminist_innen behaupten regelmäßig, dass es beispielsweise durch Sexualaufklärung, die der Prävention von sexuellen Übergriffen auf Kinder dient, zu einer »Frühsexualisierung« komme. Darüber hinaus imaginieren viele Antifeminist_innen hinter Maßnahmen, die die Akzeptanz sexueller Vielfalt fördern sollen, einen übermächtigen Feminismus, dem es darum gehe, Kinder umzuerziehen (vgl. Blum 2019: 85).

Auf dem zugehörigen Telegram-Kanal (6300 Follower) wird beispielsweise ein Zeitungsartikel mit der Aussage »Ganz Deutschland ist von Pädokriminellen unterwandert« übertitelt. In dem Artikel wird, klassisch antifeministisch und reißerisch, vor »Gender-Ideologie« und »Frühsexualisierung« gewarnt, sollten Lehrer_innen mit Schüler_innen über Homosexualität sprechen.

Den traurigen Höhepunkt einer Instrumentalisierung von Kindern und der Verknüpfung eines adultistischen Alleinvertretungsanspruchs gegenüber Minderjährigen mit Antifeminismus zeigte die Corona-Demonstration der Initiative Querdenken in Wien Anfang September 2020. Auf der Hauptbühne wurde unter tosendem Applaus die Regenbogenflagge mit dem Hinweis zerrissen, dass diese ein Symbol von »Kinderschändern« sei und Homosexuelle in der Gesellschaft nicht willkommen sind.²⁵ Die Gleichsetzung von Homosexualität und Pädophilie ist ein typisch antifeministisches Motiv und wird in verschiedenen Zusammenhängen immer wieder verbreitet (vgl. Blum 2019: 85). Sowohl die Aggressivität als auch die thematische Ausrichtung der Aktion in Wien zeigen drastisch, dass es antifeministischen, vielfaltsfeindlichen Agitator_innen nicht um legitime Kritik an staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie geht. Vielmehr versuchen sie, im Zuge von Protesten gegen die Corona-Maßnahmen ihre antidemokratischen und antifeministischen Ideen weiter salonfähig zu machen. Bei den Protesten werden (extrem) rechte und antifeministische Deutungsangebote vorgebracht, die sich durch die Vielzahl der Teilnehmer_innen aus unterschiedlichsten Milieus weiter verbreiten.

Antifeminismus und Verschwörungserzählungen in Corona-Zeiten

In Zeiten von Krisen erleben Verschwörungserzählungen ebenfalls Konjunktur. Im Dark Social oder in Messengerdiensten lässt sich derzeit in Echtzeit nachvollziehen, wie im Zuge der Corona-Pandemie Verschwörungserzählungen und -ideolog_innen massiv an Boden gewinnen und sich Menschen zunehmend radikalieren. Hierbei treten auch antifeministische Motive, wie die Skandalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und die Forderung nach Einschränkungen reproduktiver

²⁵ <https://twitter.com/pressewien/status/1302228298970337281?s=12> (zuletzt aufgerufen am 6.9.2020).

Rechte von Frauen, in Kombination mit Verschwörungserzählungen prominent zutage.

Noch vermeintlich subtil verharmloste Joseph Wilhelm, Geschäftsführer der Bio-Marken Rapunzel und Zwergenwiese, das Corona-Virus als harmlose Grippe und vermutete hinter den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie »unterschwellige kommerzielle Gründe, mit denen sich angesichts geschürter Todesangst hervorragend Geschäfte machen lassen«. Er verknüpfte diese Aussage anschließend mit der Gegenüberstellung, dass gleichzeitig in »modernen« Gesellschaften mit rund zwölf Millionen Abtreibungen Leben verhindert werde.²⁶ Auch in dem offenen Brief *EIN AUFRUF FÜR DIE KIRCHE UND FÜR DIE WELT an Katholiken und alle Menschen guten Willens*²⁷ werden Corona-Verschwörungserzählungen mit klassischer Lebensschutz-Rhetorik²⁸ verknüpft und es wird behauptet, dass für die Entwicklung eines Corona-Impfstoffs abgetriebene Föten genutzt würden. Aus diesem Grund sei die Corona-Impfung für Katholik_innen »moralisch inakzeptabel«. Hinter der Corona-Pandemie wird regelmäßig, wie auch im Aufruf der Bischöfe, verhohlen antisemitisch die Schaffung einer »Neuen Weltordnung« behauptet oder vermutet, dass beispielsweise der US-amerikanische Unternehmer und Microsoft-Gründer Bill Gates das Virus gestreut habe, um seinen Impfstoff zu vermarkten. Auch Attila Hildmann, ein in Deutschland bekannter veganer Starkoch, verwies in seinen Postings mehrmals auf die beliebte Verschwörungserzählung, wonach Bill Gates die Weltbevölkerung durch Impfungen reduzieren würde. »Beweise« sieht Hildmann darin, dass im Vorstand von Planned Parenthood²⁹, einer US-amerikanischen Non-Profit-Organisation, Bill Gates und sein Vater sitzen. Auch in dieser Argumentation werden klassisch antifeministische Themen mit

²⁶ https://twitter.com/Alert4_Alert4/status/1261930527617093634 (zuletzt aufgerufen am 30.7.2020).

²⁷ <https://veritasliberabitvos.info/aufruf/> (zuletzt aufgerufen am 30.7.2020).

²⁸ »Lebensschützer« ist die Eigenbezeichnung von christlich fundamentalistischen Gegner_innen von Schwangerschaftsabbrüchen, die beispielsweise bei den jährlich stattfindenden Märschen für das Leben auftreten, Schwangerschaftsabbrüche als Mord darstellen und teilweise vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen Mahnwachen abhalten.

²⁹ Planned Parenthood bietet neben medizinischen Diensten in der Sexualmedizin, Gynäkologie und Familienplanung auch Schwangerschaftsabbrüche an und ist damit einer der Lieblingsgegner der Alt-Right-Bewegung.

aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und Verschwörungserzählungen vermengt. Insgesamt lässt sich anhand von Attila Hildmanns Telegram-Kanal eine innerhalb kürzester Zeit stattfindende Radikalisierung und ein Abdriften in Verschwörungswelten eindrucksvoll nachzeichnen.

Die Darstellungen zeigen augenfällige Parallelen zwischen antifeministischen Mobilisierungen und Protesten gegen die Corona-Maßnahmen: Bei beiden Phänomenen sind Verschwörungserzählungen prägend und es lassen sich enge Verschränkungen mit Rassismus und insbesondere Antisemitismus ausmachen. Darüber hinaus kommen bei beiden Themen spektrenübergreifende Mobilisierungen zustande, die aufgrund eines weit verbreiteten Unbehagens gegenüber feministischen und gleichstellungspolitischen Themen einerseits und den Corona-Maßnahmen andererseits gesellschaftlich breit anschlussfähig sind.

Frauen und Corona-Verschwörungen

Die Ausführungen haben bereits zeigen können, dass Frauen aktiv die Diskussionen um die Corona-Krise für antifeministische Ideen aufgreifen. Dabei nutzten Politiker_innen wie Beatrix von Storch und Christina Baum oder die Publizistin Birgit Kelle gezielt die Corona-Pandemie, um antifeministische Diskurse oder reaktionäre Geschlechterpolitiken prominent zu platzieren. Auch beim Verbreiten von Verschwörungsliegenden treten Frauen immer wieder äußerst prominent auf. So beispielsweise Eva Herman, ehemalige Nachrichtensprecherin und umtriebige Antifeministin, die sich auf ihren verschiedenen Social-Media-Kanälen regelmäßig verharmlosend zu Corona äußert und eine Vielzahl an Verschwörungserzählungen verbreitet. Im Mai 2020 führte sie darüber hinaus auf ihrem YouTube-Kanal Wissensmanufaktur ein Interview mit dem populären R&B-Sänger Xavier Naidoo, der bekannt ist für seine Nähe zum Reichsbürgermilieu und seit der Corona-Pandemie traurige Berühmtheit mit wirren Verschwörungsmäthen erhielt. In diesem Interview breitet der prominente Musiker antisemitische Verschwörungserzählungen aus, befürchtet die Schaffung einer »Neuen Weltordnung« – eine rechts-extreme Chiffre – und warnt vor Impfungen als ge-

fährlich und tödlich.³⁰ Diese und weitere Beiträge Eva Hermans stoßen in Verschwörungsmilieus auf große Resonanz und finden auf Social-Media-Plattformen große Reichweite. Darüber hinaus beteiligen sich viele Frauen bei den Demonstrationen gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen und treten auch als Rednerinnen und Organisatorinnen auf. Sie treten vermeintlich harmlos als »alternative Ärztin« oder »besorgte Mutter« in Erscheinung und erreichen damit auch ein bürgerliches Spektrum. Besondere Aufmerksamkeit bekam in diesem Zusammenhang eine dem Reichsbürgermilieu³¹ nahestehende Heilpraktikerin. Sie rief von der Bühne bei der Berliner Demonstration zu einem »Sturm« auf das Reichstagsgebäude auf³², in welchem sich ihrer Aussage nach der amerikanische Präsident Donald Trump aufhielt, der das deutsche Volk von dem »Merkel-Regime« – eine rechtsextreme Verächtlichmachung der Bundeskanzlerin Angela Merkel – befreien solle. Diesem Aufruf sind mehrere Hundert Personen gefolgt. Sie überannten die Polizeiabsperungen und schwenkten die in rechtsextremen Kreisen beliebten Reichsflaggen. Dieser aggressive und symbolische Akt zog eine regelrechte Euphorisierung der extrem rechten Szenen nach sich und bestärkte all jene, die von einem lang-ersehnten Umsturz der verhassten liberalen Demokratie träumen.³³

Fazit: Antifeminismus und Retraditionalisierung durch Corona

Zu Beginn der Corona-Pandemie konnte ein zunächst positiver gesellschaftlicher Trend beobachtet werden: eine Abwendung von rechtsradikalen Parteien und eine Hinwendung zu demokratischen Parteien, Wissenschaft und qualitativ arbeitenden Medien. Weite Teile der Bevölkerung vertrauen auf das Regierungshandeln

³⁰ https://www.youtube.com/watch?v=F_fhcF15IZI (zuletzt aufgerufen am 6.9.2020).

³¹ Reichsbürger_innen bestreiten, dass Deutschland ein souveräner Staat ist. Größtenteils lehnen sie die Demokratie ab. Sie sind zu großen Teilen als extrem rechts und antisemitisch zu begreifen und glauben oft an Verschwörungserzählungen. In den letzten Jahren gab es mehrere gewalttätige Übergriffe aus der Reichsbürger_innenszene. Im Jahr 2016 ermordete ein Reichsbürger in Georgsmünd bei Nürnberg einen Polizisten während eines Polizeieinsatzes und verletzte zwei weitere schwer.

³² <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/reichstag-berlin-sturm-fakeneews-101.html> (zuletzt aufgerufen am 6.9.2020.)

³³ <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/corona-demo-berlin-tamara-k-eifel-100.html> (zuletzt aufgerufen am 6.9.2020).

und befürworten staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteur_innen ist es während der Corona-Pandemie anfänglich nicht gelungen, mit ihren antidemokratischen, antifeministischen oder rassistischen Botschaften Gehör zu finden. Die üblichen und ansonsten stark mobilisierungsfähigen Themen wie Flucht, Asyl und Familie oder klassisch rechtspopulistische Themen wie Misstrauen gegen »die da oben«, Presse- und Wissenschaftsfeindlichkeit sind offenbar keine Themen, die während der Corona-Pandemie »ziehen«. Auch die antifeministische Argumentation rechtspopulistischer oder rechtsextremer Akteur_innen fand zunächst außerhalb rechtsradikaler Wählerschichten keinen mobilisierungstarken Widerhall. Rückwärts-gewandte Geschlechterpolitiken verfangen nicht als Thema. Die Frage ist, ob dies so ist, obwohl oder gerade weil die Corona-Krise die Ungleichheit der Geschlechter verschärft. Denn in systemrelevanten Berufen arbeiten bis zu 75 Prozent Frauen, die aber gleichzeitig die schlecht bezahlten typischen »Frauenberufe« repräsentieren: Krankenschwester, Altenpflegerin, Erzieherin und Supermarktkassiererin. Es gab bisher keine sozialpolitischen Initiativen zur strukturellen Verbesserung für diese Frauen. Auch nicht von rechtsradikalen Parteien, die sich öffentlich als Vertreter des »kleinen Mannes« – also des Arbeiters – gerieren, darunter aber ganz offensichtlich nicht die Interessen der »kleinen Frau« verstehen. Das passt zur antifeministischen Agenda extrem rechter Parteien in Deutschland, die als Antwort auf die Krise nur reaktive und rückwärts-gewandte Geschlechter- und Familienpolitiken kennen.

Im Verlauf der Pandemie gewinnen allerdings menschenverachtende Ideologien, Verschwörungsmäthen und antidemokratische Ideen massiv Aufmerksamkeit. Zu beobachten ist mittlerweile eine Art verschwörungsideologische und demokratieskeptische Gegenöffentlichkeit in den sozialen Medien und auf der Straße, die sich zunehmend radikalisiert und vom demokratischen Diskurs verabschiedet. Das Unverständnis gegenüber staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wächst in einem kleinen, aber lautstarken und sich rasant radikalisierenden Teil der deutschen Bevölkerung. Angeheizt und angetrieben wird diese Stimmungslage durch die kampagnen-

artige Verbreitung von Desinformationen und Verschwörungsmäthen durch vor allem rechtsradikale »Alternativmedien« und rechtsextreme Akteur_innen, die ihre Chance zu einem radikalen Umbau der verachteten liberalen Gesellschaft wittern.

Es wird zu fragen sein, inwiefern sich rechtsextreme und verschwörungsideologische Deutungsangebote in einer gesteigerten gesellschaftlichen Verunsicherung als vermeintlich identitäts- und sicherheitsstiftendes Potenzial durchsetzen können. Es steht jedoch zu erwarten, dass wirtschaftliche Verwerfungen oder steigende Arbeitslosigkeit, wie sie im weiteren Pandemieverlauf zu befürchten sind, dazu führen, dass rechtsradikale Deutungsangebote zur Krisenbewältigung weiter an Popularität gewinnen. Ausgemacht ist auch nicht, welche politische Akteurin beziehungsweise welcher politische Akteur sich zukünftig an die Spitze dieser teilweise obskuren Allianz aus hartem Verschwörungdenken, esoterischen Weltdeutungen, Impfgegnerschaft, unbedarften Familien und Rechts-extremist_innen setzen wird und wie von diesen Akteur_innen »Frauenthemen«, wie Impfung, Gesundheit und vor allem Kindeswohl, eingebracht und politisiert werden.

LITERATUR

- Becker-Schmidt, Regina (1993):** Geschlechterdifferenz – Geschlechterverhältnis, in: *Zeitschrift für Frauenforschung* 11, H. 1/2, S. 37–46.
- Blum, Rebekka (2019):** *Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus.* Hamburg: marta press.
- Blum, Rebekka (2020):** Bezugspunkt Gender. Über die Bedeutung des Antifeminismus für die extreme Rechte, in: *Wissenschaft von rechts II. Rechter Kulturkampf in Hochschule und Bildung.* Marburg: BdWi-Studienheft 12, S. 8–12.
- Deutscher Bundestag (2020), 19. Wahlperiode, Protokoll der 154. Sitzung; URL:** <https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19154.pdf> (aufgerufen am 7.9.2020).
- Deutscher Bundestag (2020), 19. Wahlperiode, Protokoll der 156. Sitzung; URL:** <https://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19156.pdf> (aufgerufen am 7.9.2020).
- Notz, Gisela (2015):** *Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes.* Stuttgart: Schmetterling Verlag.
- Rahner, Judith (2018):** Interviewstudie: Gleichstellungsarbeit in Zeiten rechtspopulistischer Dynamiken, in: Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (Hrsg.): *Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus*, S. 27–35; www.frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/antifeminismus_als_demokratiegefahrdung.pdf (aufgerufen am 7.9.2020).
- Rahner, Judith (2020, i. E.):** Tödlicher Antifeminismus. Antisemitismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit als Motivkomplex rechtsterroristischer Attacken, in: Ursula Birsl/Anette Henniger (Hrsg.): *Antifeminismus. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltem Potential?* Bielefeld: transcript, S. 285–300.
- Schmincke, Imke (2015):** Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzungen am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland, in: Sabine Hark/Paula-Irene Villa: *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen.* Bielefeld: transcript, S. 93–109.

AUTORINNEN

Rebekka Blum ist Soziologin und politische Bildnerin mit den Schwerpunkten Antifeminismus und (extreme) Rechte. Mit weiteren Nachwuchsforschenden und Aktivist_innen gründete sie im Frühjahr 2020 das »Netzwerk feministische Perspektiven und Intervention gegen die (extreme) Rechte«. Ihre Masterarbeit zur Geschichte des Antifeminismus wurde im Rahmen der FORENA-Nachwuchspreisverleihung der Hochschule Düsseldorf mit einer Auszeichnung gewürdigt und ist unter dem Titel *Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus* im Frühjahr 2019 bei marta press als Buch erschienen. Sie promoviert am Soziologischen Institut der Universität Freiburg zu *Antifeminismus in Westdeutschland zwischen 1945 und 1990*.

Judith Rahner studierte Genderstudies, Musik- und Erziehungswissenschaften und ist Leiterin der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus bei der Amadeu Antonio Stiftung. Sie ist seit vielen Jahren in der Jugend- und Erwachsenenbildung tätig und berät Organisationen, Zivilgesellschaft zum Umgang mit Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus.

IMPRESSUM

2020

ISBN 978-3-96250-716-9

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin

Autor_innen: Rebekka Blum, Judith Rahner

Redaktion: Kim Krach • Friedrich-Ebert-Stiftung

Ansprechperson: Kim Krach (kim.krach@fes.de)

Gestaltung: Dominik Ziller • DZGN

Druck: Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Gedruckt auf RecyStar Polar, 100 Prozent Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Blauen Engel.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien
ist ohne schriftliche Zustimmung seitens der FES nicht gestattet.

© 2020 Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft
www.fes.de

Die Studienreihe *Triumph der Frauen? Das weibliche Antlitz des Rechtspopulismus und -extremismus in ausgewählten Ländern* finden Sie im Internet unter:

<https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend/gender/triumph-der-frauen-ii>

Die Studienreihe wird laufend erweitert.

Den Studienband *Triumph der Frauen? The Female Face of the Far Right in Europe* (2018)

finden Sie auf Deutsch und Englisch im Internet unter

<https://www.fes.de/lnk/3yh>

www.fes.de

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG
Forum Politik
und Gesellschaft